

## Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Notwendige Voraussetzungen für einen vorgezogenen Kohleausstieg bis zum Jahre 2030 jetzt schaffen: Strukturwandel beschleunigen, aber nicht auf Kosten der Menschen vor Ort!**

### Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- I. angesichts des von der Regierungskoalition von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf Bundesebene zur Einhaltung der Klimaschutzziele angestrebten vorgezogenen Kohleausstiegs idealerweise bis zum Jahre 2030 schnellstens geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um vor diesem neuen Zeithorizont die Voraussetzungen für einen erfolgreichen und nachhaltigen Strukturwandelprozess in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier, der nicht zu Lasten der betroffenen Menschen, deren Beteiligung und der kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort geht, zu schaffen und dazu:
  1. die strategische Ausrichtung des Handlungsprogramms zur Umsetzung des Bundesinvestitionsgesetzes Kohleregionen in enger Abstimmung mit den Ländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg zu konkretisieren und auf die kernbetroffenen Gemeinden des Lausitzer und Mitteldeutschen Reviers auszurichten.
  2. den Einsatz von Strukturwandelmanager\*innen mit umfangreichen Kenntnissen in Projektentwicklung und -umsetzung sowie ein umfassendes Beteiligungsmanagement in den Kommunen auskömmlich aus dem Staatshaushalt zu finanzieren.
  3. eine 100-prozentige Förderung von Planungskosten und zugehörigen Gutachten zur Entwicklung kommunaler Strukturwandelprojekte schnellstens sicherzustellen.
  4. eine professionelle Förderlotsenstelle für klein- und mittelständische Unternehmen zu installieren, die frühzeitig über Fördermöglichkeiten im Transformationsprozess berät und unterstützt, insbesondere zum Just Transition Fund.

Dresden, 17.12.2021

- b.w. -



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

5. den Landesentwicklungsplan 2013 schnellstens an die Erreichung der vorgezogenen Zielsetzungen des Kohleausstiegs zum Jahre 2030 anzupassen, um rechtzeitig die erforderlichen (raum)planungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen.
  6. zeitnah eine Imagekampagne gemeinsam mit dem Land Brandenburg für eine welt-offene und lebenswerte Lausitz zu entwickeln und öffentlichkeitswirksam umzusetzen.
- II. mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten im Zusammenwirken mit den Landesregierungen Brandenburgs und Sachsen-Anhalts gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat mit allem gebotenen Nachdruck darauf hinzuwirken, dass
1. das Bundesförderprogramm STARK auskömmlich mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um dem bestehenden und bislang ungedeckten Personalbedarf zur Umsetzung des Strukturwandels in den Kommunen gerecht zu werden.
  2. die von der Europäischen Union mit dem „Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund – JTF)“ bereit gestellten finanziellen Mittel in voller Höhe zusätzlich unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden.
  3. die aktuellen Regelungen zum Anpassungsgeld Braunkohle sozialverträglich dahingehend nachgebessert werden, dass die Beschäftigten von Tochter- und Partnerunternehmen der LEAG und MIBRAG besser berücksichtigt werden.
  4. die Aufgabe der Braunkohlesanierung und deren Finanzierung auf Grundlage eines fortgesetzten Verwaltungsabkommens in einen Staatsvertrag zwischen dem Bund und betroffenen Bundesländern abschließend geregelt wird.

### **Begründung:**

Im Koalitionsvertrag der die Bundesregierung tragenden Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP heißt es: „Zur Einhaltung der Klimaschutzziele ist auch ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung nötig. Idealerweise gelingt das schon bis 2030“<sup>1</sup>.

Die bisherigen Planungen gingen von einem Kohleausstieg bis spätestens 2038 aus. Dies war von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die von der bisherigen Bundesregierung ins Leben gerufen wurde, vorgeschlagen und im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz so festgeschrieben worden.

Ein frühzeitiger Kohleausstieg ist aus Gründen des Klimaschutzes dringend geboten. Darüber hinaus haben auch wirtschaftliche Faktoren einen Ausstieg deutlich vor dem Jahre 2038 sehr wahrscheinlich gemacht. So wird die Wirtschaftlichkeit des Betriebs von Kohlekraftwerken bereits heute von den Entwicklungen am Strommarkt sowie der Lenkungswirkung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung maßgeblich beeinflusst.

Steigende CO<sub>2</sub>-Preise sowie die günstigen Kosten erneuerbarer Energieanlagen machen den Betrieb von Kohlekraftwerken zunehmend unwirtschaftlich<sup>2</sup>. Nichtsdestotrotz sind die

---

<sup>1</sup> SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), S. 58.

<sup>2</sup> Witsch, Kathrin (2019): Deutsche Braunkohlekraftwerke werden immer unrentabler. Abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-deutsche-braunkohlekraftwerke-werden-immer-unrentabler/24860514.html?ticket=ST-3755130-lvsehRFrVFXaFbQcz9me-cas01.example.org>.

gegenwärtigen politischen wie rechtlichen Rahmenbedingungen zum Braunkohleausstieg bislang auf das Ausstiegsjahr 2038 ausgerichtet.

Folglich bestehen nun berechtigte Sorgen insbesondere bei den Beschäftigten sowie den unmittelbar betroffenen Menschen und Kommunen, dass die notwendigen Schritte für einen gelingenden Strukturwandelprozess nicht bis zum nunmehr maßgeblichen Jahr 2030 rechtzeitig vorangebracht werden, zumal der Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP kaum konkrete Anpassungsmaßnahmen für den beabsichtigten vorgezogenen Kohleausstieg vorsieht.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE steht daher die Staatsregierung angesichts dessen in der politischen Verantwortung, sich – dem Antragsbegehren und dessen Forderungen folgend – schnellstens und dringend sowohl gegenüber dem Bund als auch im Freistaat Sachsen selbst für die erforderliche Anpassung und Änderung der bisherigen Rahmenbedingungen einzusetzen und selbst Maßnahmen zu ergreifen, damit der Strukturwandelprozess im Interesse der Menschen vor Ort und aller Beteiligten so schnell wie möglich erfolgreich abgeschlossen wird.

Dazu bedarf es sowohl der Bereitstellung der dazu notwendigen zusätzlichen finanziellen Mittel, um Strukturwandelprojekte schneller umsetzen zu können, als auch eine veränderte Prioritätensetzung bei den Planungs- und Genehmigungsbehörden, um die Maßnahmen zu beschleunigen, ohne dass dies zulasten von Bürgerbeteiligung und der zwingend zu berücksichtigenden Umweltbelangen geht. Es braucht schleunigst verbindliche soziale und Folgebeschäftigungsgarantien für die Beschäftigten in den Tagebauen, in den konventionellen Kraftwerken und den Zuliefererbetrieben. Aber auch die Unternehmen brauchen finanzielle Unterstützung, um sich an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen zu können.

Dafür bereitgestellte Fördermöglichkeiten müssen insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden, am besten durch Förderlotsen, die an bestehende Beratungsstellen der lokalen Wirtschaftsförderung oder der Strukturwandel-förderung (beispielsweise durch die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung GmbH) angeknüpft sind.

Zudem dürfen diese beschleunigten Maßnahmen ebenso nicht zulasten von wirksamer Beteiligung und der direkt betroffenen Kommunen vor Ort gehen. Bereits jetzt verläuft der Strukturwandelprozess vielfach intransparent, ohne übergeordnete Strategie, ohne ausreichend Zeit und Personal für eine nachhaltige Projektentwicklung. Der gegenwärtige Prozess ist darüber hinaus durch eine fehlende Beteiligung der Menschen vor Ort und dadurch gekennzeichnet, dass er oft weit weg von den kernbetroffenen Gemeinden und zum Vorteil von Projekten, die ohnehin hätten umgesetzt werden müssen, stattfindet, ohne dass dabei zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Daher müssen die bereits jetzt absehbaren, veränderten zeitlichen Rahmenbedingungen genutzt werden, um diese Defizite zu beheben und einen wirklichen Strukturwandel „von unten“ zu gestalten.